

Frau Manuela Schwesig
Ministerpräsidentin
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 2-4
19053 Schwerin

Frau Birgit Hesse
Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin

Herr Harry Glawe
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin

Hildesheim, der 25.11.2018

Stellungnahme der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) zum Thema „Akkreditierung in Mecklenburg-Vorpommern“

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
Sehr geehrte Frau Ministerin,
Sehr geehrter Herr Minister,

die bundesweite Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) hat auf ihrer 28. Tagung vom 22.11.2018 - 25.11.2018 in Hildesheim mit 41 Fachschaften der deutschen Hochschulen den Entwurf eines Gesetzes von Mecklenburg-Vorpommern zur Änderung des Hochschulrechts diskutiert.

Wir schließen uns der gemeinsamen Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bundesvorstandes und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in folgenden Punkten an:

1. Die angestrebte Landtagsentscheidung droht schädliche Folgen für Studierende und Absolvent*innen der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern zu haben.

„Setzt Mecklenburg-Vorpommern den Gesetzentwurf wie geplant um, erschwert dieses Bundesland seinen Studierenden die Mobilität innerhalb Deutschlands und Europas.“

Gleichzeitig wird Mecklenburg-Vorpommern als Mobilitätsziel ausländischer Studierender und von Studierenden aus anderen Bundesländern disqualifiziert, da eine solche hochschulrechtliche Insellösung zu weitreichenden Problemen bei der Anerkennung von Studienleistungen und potentiell auch bei der Anerkennung von Abschlüssen führen würde. Die Bundesländer garantieren sich nur für akkreditierte Studiengänge die Gleichwertigkeit.“

2. Die angestrebte Landtagsentscheidung droht nicht nur die Attraktivität des Hochschulstandorts Mecklenburg-Vorpommern zu mindern, sondern auch die deutsche Hochschullandschaft insgesamt auf internationaler Ebene zu diskreditieren.

„Mecklenburg-Vorpommern würde mit einem solchen Alleingang der deutschland- und europaweiten Vergleichbarkeit von Studiengängen und Studienabschlüssen eine Absage erteilen und damit die Idee von Bologna und eines europäischen Hochschulraums konterkarieren. Das würde die Reputation der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig beschädigen, aber leider unweigerlich auch den Ruf des Hochschulstandorts Deutschlands insgesamt.“

Ergänzen möchten wir, dass Mecklenburg-Vorpommern durch den Gesetzesentwurf auch für Lehrende sowie Forscher*innen erheblich an Attraktivität verlieren würde. Es ist nicht abzuschätzen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß in Zukunft die Qualität der akademischen Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern hierdurch gefährdet wäre.

Wir appellieren an Sie, den aktuellen Gesetzesentwurf zur Änderung des Hochschulrechts zu stoppen. Er ist in seiner jetzigen Form nicht haltbar und gefährdet die Hochschulstandorte in Ihrem Bundesland.

Wir fordern Sie auf, die im Studienakkreditierungsstaatsvertrag vereinbarten einheitlichen Grundlagen der Qualitätssicherung auch in Mecklenburg-Vorpommern verbindlich zu verankern.

Wir hoffen auf eine positive Rückmeldung und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

gez. Konferenzrat der Psychologie-Fachschaften-Konferenz

Alena Elmquist
Universität Bielefeld

Fabian Heß
Universität Leipzig

Maria Heuring
Technische Universität
Berlin

Katharina Janzen
Universität München

Sépehr Yar Moammer
Universität Münster

Alisa Uder
Universität Koblenz-Landau